



NACH HEARING IM BUNDESTAG: ÄRZTEPRÄSIDENT FÜR QUOTE

Mehr Spitzenposten für Medizinerinnen

MONICA DICK

zwd Berlin. 70 Prozent der Beschäftigten in der Gesundheitsbranche und nahezu die Hälfte der gesetzlich Krankenversicherten sind Frauen. Dennoch schwankt ihr Anteil in den Vorständen und Verwaltungsräten des Gesundheitssektors zwischen null und 36 Prozent. Zahlen, welche die Grünen-Bundestagsfraktion wie Gesundheitsministerkonferenz (GMK) dazu veranlassten, eine verbindliche Frauenquote in den Führungsstrukturen im Gesundheitswesen zu fordern. Auch der neue Ärztepräsident Klaus Reinhardt ist dafür.

Mit einem Paukenschlag hat sich der neugewählte Präsident der Bundesärztekammer in die Debatte über Frauenförderung im Gesundheitswesen eingemischt. Gegenüber der Funke-Mediengruppe sagte Reinhardt, er sei „dafür“, eine Frauenquote für Chefpositionen im Gesundheitswesen einzuführen. Er schloss sich damit langjährigen Forderungen des Ärztinnenbundes an. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD geraten damit unter Handlungsdruck.

Bereits 2012 hatte sich die GroKo im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode darauf geeinigt, „dass das repräsentative Verhältnis von Frauen und Männern in der Selbstverwaltung optimiert“ werde. Entsprechende Maßnahmen ließen seither auf sich warten. Im GroKo-Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode fehlt ein solches Vorhaben sogar gänzlich.

Dabei hatte sich die GMK schon im Juni 2018 für eine verbindliche Frauenquote von 40 Prozent ausgesprochen, ohne dass sich die Bundesregierung zu Aktivitäten genötigt sah. Daraufhin hatte die Grünen-Bundestagsfraktion das Thema im vergangenen Oktober mit einem Antrag (Drs. 19/4855) auf die Agenda des Bundestages gesetzt. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, den Frauenanteil in Führungspositionen zur Organisation des Gesundheitswesens zu stärken, und zwar durch eine verbindliche Frauenquote, durch Vorgaben und regelmäßiges Monitoring für die Dokumentation der Nominierungs- und Wahlverfahren.

Eine Sachverständigenanhörung aus Anlass des Grünen-Antrags im Gesundheitsausschuss

des Bundestages bestätigte am 5. Juni, dass zu wenig weibliche Mitglieder in Führungspositionen im Gesundheitswesen tätig sind.

Insbesondere der Deutsche Ärztinnenbund, ver.di und die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein bemängelten die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Um mehr Frauen für eine berufliche Laufbahn in Gremien und „Top-Down“, also über die oberen Positionen hinaus, in den Leitungspositionen im mittleren und unteren Bereich zu begeistern, müssten mehr weibliche Vorbilder geschaffen werden. Dabei könnten Mentoringprogramme und ausgereifte Feedbacksysteme zu einer nachhaltigen Förderung des weiblichen Nachwuchses führen, befanden die Sachverständigen.

„Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt Quote“

Quoten-Kritiker*innen wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung und ebenso die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) argumentierten demgegenüber, dass mehr Frauen ihren Weg in Führungspositionen durch andere Maßnahmen als eine gesetzlich verbindliche Frauenquote finden könnten. Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Sorge auch ohne eine forcierte Parität für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Gesundheitswesen. Ihrer Ansicht nach könnten Frauen so auf natürliche Weise dazu motiviert werden, Spitzenpositionen anzustreben. Die BDA sprach sich ferner für eine „auf Arbeitgeberseite repräsentative Quote“ aus, die den Anteil von Frauen zu Männern im Unternehmen widerspiegle. ■

Parität für Medizinerinnen erst in 32 Jahren

Der Frauenanteil in Führungspositionen in der Universitätsmedizin hat sich in den letzten drei Jahren von zehn auf 13 Prozent nur unwesentlich erhöht. Aus diesem Grund warnt der Deutsche Ärztinnenbund e.V. (DÄB) davor, dass bei unverändertem Tempo eine paritätische Besetzung erst in 32 Jahren erreicht wäre.

Die Zahlen gehen aus der aktuell veröffentlichten Studie „Medical Women on Top Update 2019“ des DÄB hervor, die an eine entsprechende Untersuchung aus dem Jahr 2016 anknüpft. Die Ursache für den geringen Frauenanteil ist für Prof.'in Dr. med. Gabriele Kaczmarczyk, Vize-Präsidentin des DÄB und Leiterin der Studie, allerdings unerklärlich, „denn der qualifizierte Nachwuchs ist vorhanden“: So waren 2016 fast ein Drittel (31 Prozent) der Oberärzt*innen weiblich. Aus diesem Grund sieht der DÄB mit Sorge, dass die Gestaltung medizinischer Ausbildung, Meinungsbildung und Therapiekonzepten voraussichtlich bis zum Jahr 2051 durch Männer geprägt werden würde, wenn nicht mehr Frauen Spitzenposten in Universitätskliniken einnehmen. (md)

„Medical Women on Top UPDATE“, Stand Januar 2019, Deutscher Ärztinnenbund.

